

May 28, 1976

**Note re: German-Iranian Nuclear Agreement;
Meeting with State Secretary Haunschild on 28 May
1976**

Citation:

"Note re: German-Iranian Nuclear Agreement; Meeting with State Secretary Haunschild on 28 May 1976", May 28, 1976, Wilson Center Digital Archive, Bundesarchiv, B 196/313410. Contributed by Stephan Kieninger and translated by Bernd Schaefer. <https://digitalarchive.umd.edu/document/300568>

Summary:

This conversation involved discussing the removal of the fuel cycle from the agreement, the lands delivering nuclear material to Iran, the continuation of work outside of Iran, physical protection during delivery, and information about a conference in London.

Credits:

This document was made possible with support from Carnegie Corporation of New York (CCNY)

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Translation - English

III B 5 966805/5

Bonn, den 29. Mai 1976

Hausruf 3886

aus den Unterlagen des
1. Herrn Staatssekretärs2. III B 5 *mu Ry*Vermerk:

Betr.: Deutsch-iranisches Nuklearabkommen
hier: Besprechung bei Herrn StS Haunschild am 28.5.1976
Teilnehmer: s. Anlage

Über das Gespräch ist folgendes festzuhalten:

1. Herausnahme des Brennstoffkreislaufs aus dem Abkommen

a) StS Haunschild wandte sich entschieden gegen die US-Forderung, den Brennstoffkreislauf aus dem Abkommen herauszunehmen. Begründung:

- US-Vorschlag vom 23./24. Mai 1976 käme zu spät (Verhandlungen mit Iran seit 1974, Konsultationen mit USA noch im April 1976).
- Hinweis auf positive Äußerung des Bundeskanzlers gegenüber Schah im Dezember 1975.
- Gefährdung der KWU-Verträge (Volumen 7,9 Mrd. DM, wovon bereits 1 Mrd. verbaut). Iran sei "finster entschlossen", letter of intent nicht über den 30.6.1976 hinaus zu verlängern. Junktum des Vertragsabschlusses mit Einigung über Nuklearabkommen.
- US-Wunsch nach einem Exportmoratorium für sensitive Anlagen brächte besonders bei Wiederaufarbeitungsanlagen die Empfänger in untragbare Lage, da auch sie ihre Entsorgungsprobleme lösen müßten. Praktisch liefe Moratorium darauf hinaus, daß Lieferländer Wiederaufarbeitung (WA) übernehmen müßten. Da dies letztlich nur den USA ohne größte Schwierigkeiten möglich sein dürfte, erhielten USA einen Wettbewerbsvorteil, der nicht akzeptiert werden könne. USA würde praktisch Monopolist auf dem Weltnuklearmarkt werden.

StS Hermes erklärte demgegenüber, er habe von Anfang an vor einem "leichten Gang nach Teheran" gewarnt. Man könne wegen Iran allenfalls einen "mittleren Krach" mit den USA in Kauf nehmen. Kissinger habe aber ernste Schwierigkeiten für uns angedeutet, falls wir US-Vorschlag nicht akzeptierten. Haltung der USA im NV-Bereich sei in letzter Zeit in einem grundlegenden Wandel begriffen. USA sähen immer mehr die auch in der friedlichen Nutzung der Kernenergie liegenden Gefahren für den Weltfrieden und erhofften wenigstens in einem Moratorium für sensitive Anlagen einen gewissen Schutzeffekt.

Da Giscard nach Kissingers Aussage einem Moratorium grundsätzlich positiv gegenüberstehe, sei - anders als bei unserem Brasilien-Abkommen - eine deutsche Isolierung zu befürchten.

Herr Braubach wies auf die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen hin, die eine weltweite Eindämmung der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit sich bringen kann, sowie auf die möglichen, besonders energiepolitischen Konsequenzen eines Moratoriums für die Bundesrepublik selbst.

Als Ergebnis wurde folgender Kompromiß vereinbart:

Zusammenarbeit im Brennstoffkreislauf bleibt Bestandteil des Abkommens. Jedoch soll versucht werden, in den vorgesehenen Briefwechsel mit Iran einen Zusatz aufzunehmen, wonach wir innerhalb eines bestimmten Zeitraums keine sensitiven Anlagen liefern. Da Iran vor Ablauf einiger Jahre kein wirtschaftliches oder praktisches Bedürfnis für eine WA-Anlage hat, würde diese Lösung sowohl Interessen Irans als auch US-Vorstellungen berücksichtigen (praktisch Akzeptieren eines zeitlich begrenzten Moratoriums).

- b) Über die Frage, wie wir uns auf der Konferenz der nuklearen Lieferländer am 3./4. Juni 1976 in London verhalten sollten, wurde keine volle Einigkeit erzielt. StS Haunschild empfahl nachdrücklich, allenfalls einem kurzfristigen Moratorium zuzustimmen und unser Iran-Abkommen nicht mehr darunter fallen zu lassen. StS Hermes hielt vor allem Letzteres gegenüber den Amerikanern nicht für durchsetzbar.

2. Wiederaufarbeitung außerhalb Irans

StS Haunschild bejahte die entscheidende Frage, ob wir eine Option übernehmen sollen, nach der wir im Falle eines Exports von uns gelieferter und in Iran benutzter Brennelemente zur WA in ein Drittland, gegebenenfalls statt des Drittlandes die diesem zugedachten Aufgaben übernehmen können. Er sieht darin kein besonderes Problem für uns, da der Eintritt des Optionsfalles nahezu ausgeschlossen sei. Praktisch kämen nur wenige Länder für eine WA infrage, die sämtlich von uns akzeptiert werden dürften (vor allem USA, Frankreich, England; hinsichtlich der COCOM-Länder ist bereits ein deutsches Vetorecht vorgesehen).

StS Hartkopf hält unsere eigenen Entsorgungspläne für gefährdet, wenn eine solche Option - und sei deren Eintritt auch noch so unwahrscheinlich - bekannt würde, womit im übrigen sicher zu rechnen sei (Widerstand der Bevölkerung). Wenn sich aber bei uns bis etwa zum Frühjahr 1977 keine gesicherte Entsorgung abzeichne, sei das BMI entschlossen, bereits dann den Betrieb unserer Kernkraftwerke zu untersagen.

Herr Braubach betonte, daß durch die Option unsere eigenen Nuklearpläne nicht gefährdet werden dürften, andererseits unsere innenpolitischen Gegebenheiten nüchtern und nicht überdramatisiert gewertet werden sollten.

Auf Wunsch des BMI einigte man sich auf folgende Rohformulierung:

"Iran wird nicht gegen den Willen der deutschen Seite exportieren, sofern diese ihm eine Möglichkeit zur Wiederaufarbeitung in Drittländern nachweist."

Diese Formulierung läßt eine WA in Deutschland unerwähnt. Es bleibt zu klären, wie die USA darauf reagieren, denen praktisch der Ball (der WA) zugespielt wird.

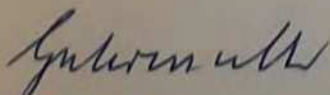
3. Objektschutz (physical protection)

Gemäß StS Haunschild stößt deutsche Forderung, mit Iran eine Vereinbarung über Schutzstandards zu treffen, deshalb auf iranischen Widerstand, weil Iran die Gefahr sieht, von verschiedenen Lieferanten jeweils verschiedene Standards abverlangt zu bekommen.

Es bestand Einigkeit, diesem verständlichen Anliegen dadurch entgegenzukommen, daß als Grundlage die Empfehlungen der IAEO in ihrer jeweiligen Ausgestaltung dienen sollen. Diese Lösung wäre auch insofern von Vorteil, als Iran den Objektschutzstandards der nuklearen Lieferländer (London) aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnend gegenübersteht.

4. Weiteres Verfahren

- a) Am Rande der Juni-Konferenz in London soll versucht werden, - ohne Übergabe irgendwelcher Papiere - die US-Reaktion auf unsere Vorstellungen zu ermitteln.
- b) Anschließend möglichst umgehend ein Gespräch der beteiligten Minister (BMFT, AA, BMI, BMWi) mit Bundeskanzler.
- c) Danach neue Verhandlungsrunde mit Iran sowie
- d) endgültige Befassung des Kabinetts möglichst vor dem 30.6.1976.



Dr. Gutermauth

[Federal Ministry for Research and Technology]
III B 5 966805/5
Bonn, 29 May 1976

Note:

RE: German-Iranian Nuclear Agreement
here: Meeting with State Secretary Haunschild[1] on 28 May 1976
Participants: see Appendix[2]

The following needs to be noted pertaining to the meeting:

1. Removal of the Fuel Cycle from the Agreement

a) State Secretary Haunschild advocated strongly against the U.S. demand to remove the fuel cycle from the agreement. Reasons:

- U.S. proposal from 23rd/24th May 1976 is coming too late (negotiations with Iran since 1974, [most recent] consultation with United States still in April 1976)

- Reference to the positive statement by the Federal Chancellor [Helmut Schmidt] towards the Shah in December 1975

- Risking of KWU [German Kraftwerk Union][3] contracts (volumes of 7.9 billion German Marks, of which already 1 billion used up for construction). Iran is "fiercely determined" not to extend the letter of intent beyond 30 June 1976. Linkage between signing of contracts with the agreement over the Nuclear Agreement.

- U.S. request for export moratorium regarding sensitive facilities would create for the receiving side an unbearable situation especially with regard to reprocessing facilities, since this way they would have to resolve their waste disposal problems. In fact, a moratorium would result in the export countries having to take over the reprocessing themselves. Since such would ultimately only be possible for the United States without any maximum difficulties, the United States would gain a competitive advantage that cannot be accepted. De facto this would turn the United States into the monopolist of the world nuclear market.

State Secretary Hermes[4] stated in contrast that he had warned from the beginning about an "easy path to Tehran". Because of Iran, one can risk at best a "medium conflict" with the United States. Kissinger[5], however, has hinted at serious problems for us if we do not accept the U.S. proposal. Recently the U.S. position regarding the non-proliferation issue has undergone a fundamental change. The United States are ever more viewing the peaceful use of nuclear energy as well as an inherent danger for world peace. With a moratorium for sensitive facilities, they are hoping at least for some mitigating effect here.

Since, according to Kissinger, Giscard[6] is in principle positively inclined towards a moratorium, a German isolation must be feared - other than in the case of our Brazil Agreement.

Mr. Braubach referred to the overall economic consequences, which could come with a global limitation of the peaceful use of nuclear energy, as well as to the potential consequences for the Federal Republic itself, especially in terms of energy policy.

As a result, the following compromise was agreed upon:

Cooperation with regard to the fuel cycle will remain part of the [German-Iranian] Agreement. However, it should be attempted to add to the planned exchange of letters with Iran a provision that we are not delivering within a certain period any sensitive facilities. Since not before the end of several years, Iran will actually have an economic or practical need for a preprocessing facility, such a solution would take into account both the interests of Iran and the U.S. concerns (de facto accepting a temporally limited moratorium).

b) No complete agreement was reached on the question how we should behave at the conference of nuclear export countries on the 3rd and 4th of June 1976 in London. State Secretary Haunschild recommended strongly to agree at best to a short-term

moratorium and have it not affecting our Iran Agreement any more. State Secretary Hermes considered especially the latter as not implementable vis-a-vis the Americans.

2. Reprocessing outside of Iran

State Secretary Haunschild answered positively to the decisive question whether we should adopt an option, according to which we could potentially take over the tasks assigned to a third country in lieu of the latter - in case fuel rods used in Iran that we had exported before would be brought to a third country for reprocessing. He did not see a special problem for us here, as the occurrence of such a theoretical case can be almost completely excluded. Actually, only a few countries would be candidates for such a reprocessing and all of them would be acceptable from our side (especially the United States, France, England; with regard to the CoCom^[7] countries there already has a been a German right to veto envisaged).

State Secretary Hartkopf^[8] is considering our own [nuclear waste] disposal plans as getting in jeopardy if such an option - and even so its chance to materialize would be highly unlikely - would become publicly known, what by the way would be certain (resistance of the population). If there is no indication towards safe [nuclear] waste disposal in our country until about spring 1977, the Federal Ministry of the Interior is determined to suspend the use of our nuclear power plants by then already.

Mr. Braubach emphasized that with this option our own nuclear plans must not be jeopardized. On the other hand, our domestic policy situation should be viewed rationally and not become over-dramatized.

Following the request of the Federal Ministry of the Interior, one agreed to the following raw phrasing:

"Iran will not export against the will of the German side, if the latter verifies to Iran an opportunity for reprocessing in third countries".

This phrase does not mention a reprocessing option in Germany. It remains to be figured out how the United States will react to this. Basically the ball (the reprocessing) is kicked in their field.

3. Object Security (physical protection)

According to State Secretary Haunschild, the German demand to reach an agreement with Iran about security standards is met with Iranian resistance, because Iran is seeing the danger to be forced to maintain different standards by different export countries.

There was agreement to accommodate this understandable request by using the recommendations of the IAEA^[9] in their respective details as a foundation. This solution would be also of advantage as Iran is rejecting the object security standards of the nuclear export countries (London) for reasons of principle.

4. Further Process

- a) At the sidelines of the June conference in London it should be attempted to gauge the U.S. reaction to our concepts - without handing over any paper documentation.
- b) Following up, a meeting of the Ministers concerned (Research and Technology, Foreign Affairs, Interior, Economic Affairs) with the Federal Chancellor as soon as possible.
- c) After that a new round of negotiations with Iran as well as
- d) Final involvement of the [Federal] Cabinet [of Ministers], if at all possible before 30 June 1976.

[Signed Gutermuth]

Dr. Gutermuth

^[1] Hans-Hilger Haunschild (1928-2012), State Secretary in the Federal Ministry for Research and Technology from 1972 to 1987.

^[2] Not part of the document. From German Federal Ministries (Research and Technology, Foreign Affairs, Economic Affairs, Interior).

[\[3\]](#) Subsidiary of Siemens and AEG Corporations for nuclear power plant construction.

[\[4\]](#) Peter Hermes (1922-2015), State Secretary in the Federal Foreign Office between 1975 and 1979.

[\[5\]](#) Henry Kissinger (born 1923). U.S. Secretary of State 1973-1976.

[\[6\]](#) Valéry Giscard d'Estaing (1926-2020), President of France from 1974 to 1981.

[\[7\]](#) Coordinating Committee for Multilateral Export Controls.

[\[8\]](#) Günter Hartkopf (1923-1989), State Secretary in the Federal Ministry of the Interior from 1969 to 1983.

[\[9\]](#) International Atomic Energy Agency.